

Machtkampf in der Regierung: FPÖ und ÖVP im Streit um Ministerien!

Am 12. Februar 2025 stehen die Koalitionsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP vor einer kritischen Wende.

Diskutiert werden Machtansprüche und Ministeriumsverteilung, während Herbert Kickl weiterhin auf seiner Forderung nach Verantwortung für Finanzen und Sicherheitspolitik beharrt. Wie die Gespräche weitergehen, bleibt abzuwarten.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Der Machtkampf zwischen der FPÖ und der ÖVP eskaliert. Herbert Kickl, der Chef der FPÖ, setzt sich vehement für die Übernahme von Schlüsselministerien ein, während die ÖVP in Alarmbereitschaft ist. Die Koalitionsverhandlungen, die eigentlich Stabilität für Österreich bringen sollten, sind durch Streitigkeiten um die Ressortverteilungen belastet. Laut einem Bericht von **OTS** hat der Wirtschaftsbund deutlich gemacht, dass die Blockadepolitik von Kickl fatale wirtschaftliche Folgen hat. Investoren verlieren das Vertrauen, und nötige Reformen scheinen blockiert zu sein.

Streit um Ministerposten

Die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien sind von untragbaren Forderungen durchzogen. Die FPÖ erhebt Ansprüche auf zentrale Ressorts wie das Innenministerium und das Finanzministerium, was die ÖVP vor große Herausforderungen stellt. Wie **PULS 24** berichtet, könnte die weitere Entwicklung der Gespräche entscheidend für die Zukunft der Regierung sein. Es wird erwartet, dass ÖVP-Chef Stocker und Kickl in der Hofburg zu Gesprächen zusammenkommen. Die

Debatten um die Ministerien sind bereits öffentlich ausgetragen worden, und beide Seiten dementierten einen Abbruch der Gespräche, auch wenn die Spannung merklich steigt.

Kickl betont, es gehe nicht um Machtspiele, sondern um einen „ehrlichen Kampf gegen die Teuerung“. Er fordert mehr Verantwortung für die Finanzen und betont die Notwendigkeit eines Kurswechsels in der Asylpolitik. Die ÖVP zeigt sich überrascht von Kickls Äußerungen auf Facebook und appelliert an die FPÖ, konstruktiv zu verhandeln. Von beiden Seiten wird jedoch Druck aufgebaut, innerhalb kurzer Zeit Fortschritte zu präsentieren. Sollte es zu keinem positiven Ergebnis kommen, könnte dies zu Neuwahlen führen, was Österreich in eine weitere politische Unsicherheit stürzen würde.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.puls24.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at